

BESOLDUNG Spezial



August 2021

▣ Mindestalimentation erstmals für Berlin berechnet

Anhand der Entscheidung des BVerfG vom Mai 2020 ergeben sich weitreichende Konsequenzen für die Alimentationshöhe. Dass diese Vorgaben von den Gesetzgebern des Bundes und der Länder systematisch ignoriert werden, hat erst kürzlich Prof. (em.) Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis im Auftrag des tbb in einem [Kurzgutachten](#)¹ zu dem aktuellen Thüringer Besoldungsgesetzentwurf festgestellt:

"In diesem Sinne reiht sich der vorliegende Gesetzentwurf in die Besoldungsgesetzgebung der letzten Jahre ein. Dabei wäre es gerade auch im Hinblick auf die nunmehr offen eingeräumte jahrelange Verletzung – um nicht zu sagen: Missachtung – des Anspruchs auf eine amtsangemessene Alimentation geboten, durch eine grundlegende Neuausrichtung der Besoldungspolitik den Beamten, Richtern und Staatsanwälten endlich wieder die verdiente Absicherung und Wertschätzung zu gewähren. Diesem Anspruch wird der vorliegende Gesetzentwurf nicht gerecht." (S. 4)

Durch Dr. Torsten Schwan² wurde nunmehr exklusiv für das Aktionsbündnis [Berliner-Besoldung.de](#) die Mindestalimentation für Berliner Beamten anhand der neuen Direktiven des Bundesverfassungsgerichtes berechnet. Das Ergebnis der [Ausarbeitung](#)³ ist verblüffend und erschreckend zugleich!

In der Betrachtung wird zunächst realitätsgerecht die zu gewährende Grundsicherung im Jahre 2021 einer vierköpfigen Bedarfsgemeinschaft im Jahre 2021 berechnet deren Höhe derzeit bei monatlich rund 3.060,- € liegt. Daraus leitet sich die Mindestalimentationshöhe (15% über Grundsicherung) von rund **3.520,- €** ab, die einer vierköpfigen Beamtenfamilie mit einem Ernährer in der ersten Erfahrungsstufe der Besoldungsgruppe A 5 zwingend zu gewähren ist.

¹ [Vgl. Rechtsgutachten zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation vom 5. Juli im Auftrag des tbb](#)

² [Dr. Torsten Schwan "Neue bundesverfassungsgerichtliche Direktiven für die Besoldungsdogmatik und ihre Folgen für das künftige Alimentationsniveau", DÖV 2021, S. 368 - beck-online](#)

³ <https://www.berliner-besoldung.de/wp-content/uploads/2021/07/Zum-Besoldungsniveau-der-Berliner-Landesbeamten.pdf>

BESOLDUNG Spezial



August 2021

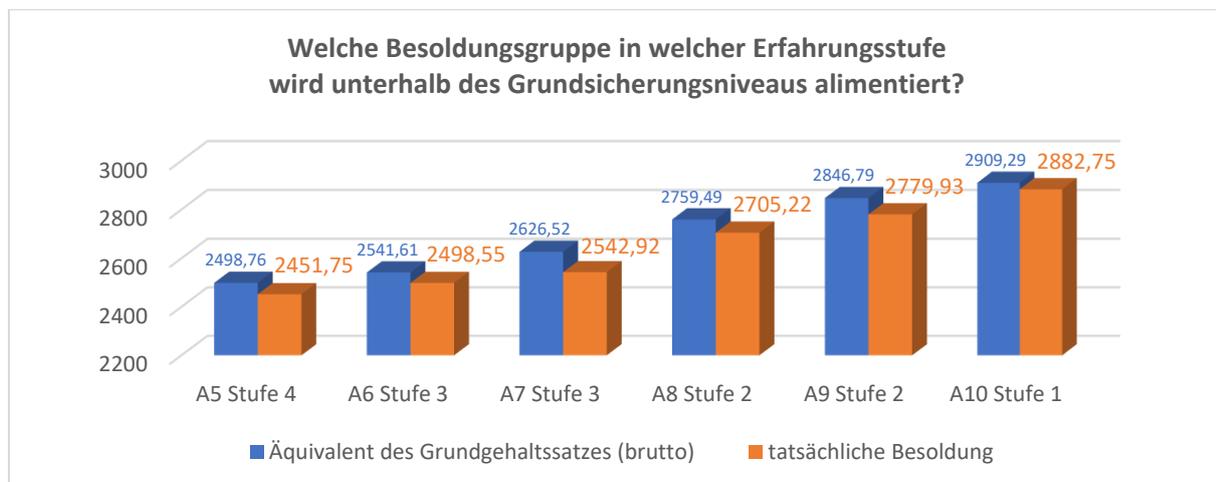
Dem entgegen hat der Berliner Senat diesen Wert im Frühjahr willkürlich auf nur rund 2.890,- € festgesetzt.

Damit wurde im [BerlBVAnpG 2021](#)⁴ das für die Berechnung der Mindestalimentation zu berücksichtigende Grundsicherungsniveau vom Senat um 18 Prozent (!) zu gering bemessen. Die im Gesetz verankerten Familienzuschläge überschreiten dabei deutlich den Rahmen der die bundesdeutsche Rechtsordnung vorgibt.

Dr. Schwan kommt zu dem Schluss:

"Als Folge der evident unzureichenden Bemessung der zu beachtenden Kosten werden Berliner Beamte 2021 bis weit in den gehobenen Dienst hinein unterhalb des Grundsicherungsniveaus alimentiert; denn jenes erreicht selbst die erste Erfahrungsstufe der Besoldungsgruppe A 10 nicht."

Die Ausarbeitung von Dr. Schwan wurde für das laufende Verfahren zur Berliner A-Besoldung zur Verfügung gestellt, so dass das darin enthaltene Zahlenmaterial durch das Bundesverfassungsgericht gewürdigt werden kann.



⁴ <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/DruckSachen/d18-3285.pdf>

BESOLDUNG Spezial



August 2021

└ Wasser predigen und ...

Kürzlich wurde die im September 2019 beschlossene Diätenerhöhung⁵ für die Berliner Abgeordneten erneut medial aufgegriffen.⁶

Damals beschloss das Abgeordnetenhaus auf Antrag der fünf Fraktionen (SPD, CDU, Grüne, FDP und Linke) bei der Umstellung von einem "Freizeitparlament" auf ein "Vollzeitparlament" nicht nur einen ordentlichen "Griff in die Staatskasse" bei den Diäten, sondern auch bei der Altersentschädigung. Beide Geldleistungen stiegen unabhängig von Besoldungs- und Tariferhöhungen um ca. 60%.

Interessant ist dabei der Umstand, dass die Verweildauer im Parlament für die erbrachte Arbeitsleistung im "Freizeitparlament" voll bei der Altersentschädigung berücksichtigt wird. Auf beamtenrechtliche Regelungen übertragen würde diese bedeuten, dass Zeiten von Teilzeit wie Vollzeit auf die Pension angerechnet werden müssten.

Mag diese Verfahrensweise auch in Kritik stehen oder gar verfassungswidrig sein, so macht sie doch deutlich, dass die Legislative - die paradoxer Weise über ihre eigene Entschädigung beschließt - durchaus in der Lage ist auch Gesetze mit Rückwirkung erlassen kann.

Warum sollte dies dann nicht auch als Blaupause für die Nachzahlung der Besoldung an alle verbeamteten Landesbediensteten geeignet sein?

⁵ <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/IIIPlen//vorgang/d18-2147.pdf>

⁶ <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/07/geldsegen-parlament-gelder-entschaedigung-abgeordnetenhaus-berlin.html>

BESOLDUNG Spezial



August 2021

Plakataktion - Gesucht werden ...

für eine Plakataktion des Aktionsbündnisses berliner-besoldung.de nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes idealtypische "Beamteneckfamilien" (Familie mit 2 Kindern) deren Alleinverdiener unterhalb der Besoldungsgruppe A 10 (1 Erfahrungsstufe) besoldet werden.

Sofern diese Kriterien auf eure Familie zutreffen und ihr mitmachen möchtet, schreibt uns eine Mail an info@berliner-besoldung.de (Betreff: Plakataktion).